



**Universiteit
Leiden**
The Netherlands

Terrorismusbekämpfung und Sicherheitspolitik in den Niederlanden zwischen 1970 und 1990

Graaf, B.A. de; Graaf de B.A., Härter K.

Citation

Graaf, B. A. de. (2012). Terrorismusbekämpfung und Sicherheitspolitik in den Niederlanden zwischen 1970 und 1990. In H. K. Graaf de B.A. (Ed.), *Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus. Politische Kriminalität, Recht, Justiz und Polizei zwischen Früher Neuzeit und 20. Jahrhundert.* (pp. 403-424). Frankfurt am Main: Max Planck Institut/Vittorio Klostermann. Retrieved from <https://hdl.handle.net/1887/19003>

Version: Not Applicable (or Unknown)
License: [Leiden University Non-exclusive license](#)
Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/19003>

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus

Politische Kriminalität, Recht, Justiz
und Polizei zwischen Früher Neuzeit
und 20. Jahrhundert

Herausgegeben von Karl Härter
und Beatrice de Graaf
in Zusammenarbeit mit
Gerhard Sälter und Eva Wiebel



Vittorio Klostermann
Frankfurt am Main
2012

Inhalt

Karl Härter und Beatrice de Graaf Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus: Politische Kriminalität, Recht, Justiz und Polizei zwischen Früher Neuzeit und 20. Jahrhundert	1
Angela Rustemeyer Majestätsverbrechen und Polickey im Russland des 18. Jahrhunderts ...	23
Niels Grüne Politische Korruption zwischen Gesetzesverstoß und Denunziations- figur. Konzeptionelle und empirische Betrachtungen am Beispiel Würt- tembergs in der Frühen Neuzeit ...	49
Sven Korzilius Die bahianische Verschwörung von 1798. Politische Justiz im Brasilien des ausgehenden Ancien Régime ...	73
André Krischer Verräter, Verschwörer, Terroristen. Juristische Klassifikationen, gesell- schaftliche Wahrnehmungen und Visualisierungen von politischer De- linquenz und kollektiver Bedrohung in Großbritannien, 16.–19. Jahr- hundert ...	103
Karl Härter Legal Responses to Violent Political Crimes in 19 th Century Central Europe ...	161
Carola Dietze Terrorismus im 19. Jahrhundert: Politische Attentate, rechtliche Re- aktionen, Polizeistrategien und öffentlicher Diskurs in Europa und den Vereinigten Staaten 1878–1901 ...	179
Urs Germann Das »Rendez-vous der internationalen Dynamitbande«. Die »Anarchi- stengefahr« im Visier von Justiz und politischer Polizei in der Schweiz (1885–1914) ...	197

Terrorismusbekämpfung und Sicherheitspolitik in den Niederlanden zwischen 1970 und 1990¹

Einführung

In den 1970er Jahren fanden in den Niederlanden mehrere Terroranschläge statt, von denen die Aktionen der Süd-Molukker zwischen 1970 und 1978 mit insgesamt elf Todesopfern am bekanntesten sind. Die süd-molukkesischen Aktivisten kämpften – auch mit gewaltsamen, terroristischen Mitteln – für die Anerkennung und Unterstützung eines unabhängigen süd-molukkesischen Staates auf der zu Indonesien gehörenden Insel Ambon. Nach 1978 ebnete die süd-molukkesische Gewalt allerdings rasch ab. Dabei spielte neben der zunehmenden Ablehnung gewaltsamer Mittel in den eigenen Reihen auch die sozialwirtschaftliche Integrationspolitik der niederländischen Regierung eine Rolle, die insbesondere auf die molukkesischen Jugendlichen zielte.²

Zu Beginn der 1970er Jahre wandten sich auch einige linke Aktivisten der terroristischen Gewalt zu und vor allem die maoistische Stadtguerilla-Gruppe *Rode Jeugd* führte verschiedene gewalttätige Aktionen durch: 1971 sprengten sie das Auto des Eindhovener Polizeipräsidenten J. Odekerken, verschickten an Außenminister Norbert Schmelzer und andere Drohbriefe, warfen Molotowcocktails in die Häuser von Polizisten und anderen »Repräsentanten des Systems« und setzten das Amerika-Institut in Amsterdam in Brand. Dabei entstanden große Sachschäden, Menschen wurden jedoch nicht verletzt oder gar getötet.³ Ähnlich verliefen auch die Aktivitäten einer anderen bekannten

- 1 Dieser Aufsatz wurde in bearbeiteter Form im Internet veröffentlicht, gemeinsam mit Ilse Raaijmakers: [HTTP://WWW.UNI-MUENSTER.DE/NIEDERLANDE/NET/NL-WISSEN/POLITIK/VERTIEFUNG/TERRORISMUS/INDEX.HTML](http://www.uni-muenster.de/NIEDERLANDE/NET/NL-WISSEN/POLITIK/VERTIEFUNG/TERRORISMUS/INDEX.HTML) [8. März 2011]. Dieser Text basiert auf meiner Monographie BEATRICE DE GRAAF, *Theater van de angst. De strijd tegen terrorisme in Nederland, Duitsland, Italië en Amerika*, Amsterdam 2010. Bearbeitet und übersetzt: *Evaluating Counterterrorism Performance. A Comparative Study*, London/New York 2011.
- 2 HENK SMEETS/FRIDUS STEIJLEN, *In Nederland gebleven. De geschiedenis van Molukkers 1951–2006*, Amsterdam 2006; PETER BOOTSMA, *De Molukse acties. Treinkapingen en gijzelingen 1970–1978*, Amsterdam 2000.
- 3 Vgl. PETER KLERKS, *Terreurbestrijding in Nederland, 1970–1988*, Amsterdam 1989, S. 217–218; SIEM EIKELENBOOM, *Niet bang om te sterven. Dertig jaar terrorisme in Nederland*, Amsterdam 2007, S. 141–148; FRANS DEKKERS/

linksradikalen Gruppe, der *Revolutionaire Anti-Racistische Actie* (RaRa): Ihre gewaltsamen Aktionen, die durch glückliche Umstände nicht zu Todesopfern führten, beschäftigten die niederländische Terrorismusbekämpfung von der Mitte der 1980er bis zum Beginn der 1990er Jahre.⁴

Über diesen internen Terrorismus hinaus waren die Niederlande auch mit den Aktivitäten von außen kommender, international operierender terroristischer Gruppen konfrontiert. So waren – wie in anderen west-europäischen Ländern – palästinensische Kommandos ebenfalls in den Niederlanden aktiv und verübten 1969 einen ersten terroristischen Anschlag: Mitglieder der *Volksfront voor de bevrijding van Palestina* (PFLP) warfen eine Handgranate in die Wohnung des israelischen Botschafters in Den Haag; verletzt wurde allerdings niemand. Am 14. März 1971 sprengten palästinensische *Al-Fatah*-Kommandos in Rotterdam einen Öltanker und ein Jahr später verübten Mitglieder der Organisation *Zwarte September* – eine Abspaltung der *Al-Fatah*-Bewegung – einen Sprengstoffanschlag auf zwei Gas- und Öl-Anlagen in Ravenstein und Ommen. Dabei handelte es sich im Übrigen um dieselbe Gruppe, die wenige Monate später bei den Olympischen Spielen in München elf israelische Sportler und Offizielle als Geiseln nahmen – der Anschlag endete in einem Blutbad. In den Niederlanden folgten weitere gewalttätige Aktionen palästinensischer Gruppen: Im September 1974 nahmen Mitglieder des palästinensischen *Japanse Rode Leger* in Den Haag den französischen Botschafter und seine Mitarbeiter als Geiseln, und im September 1975 gelang es der staatlichen Sicherheitsbehörde *Binnenlandse Veiligheidsdienst* (BVD) die von der syrischen Organisation *Saiqa* geplante Entführung eines Zuges von Moskau nach Hoek van Holland zu vereiteln. Schließlich waren auch bekanntberühmte ausländische Gruppierungen wie die RAF, die IRA und die ETA in den Niederlanden aktiv: Während eines Schusswechsels mit flüchtigen RAF-Mitgliedern kam 1977 der Polizist Arie Kranenburg ums Leben und andere Polizisten wurden teils schwer verletzt. Ein Jahr später erschossen RAF-Mitglieder bei einer Passkontrolle in Kerkrade zwei niederländische Zollbeamte. Die IRA erschoss 1988 den britischen Botschafter und eine Mitarbeiterin und tötete zehn Jahre später drei britische Soldaten in den Niederlanden. Noch in den 1990er Jahren verübten RaRa, ETA und IRA gelegentlich

Daan Dijkstra, 'n Hollandse stadsguerrilla. Terugblik op de Rode Jeugd, Amsterdam 1988.

4 Vgl. RUUD KOOPMANS, Van *provo* tot RARA. Golfbewegingen in het politieke protest in Nederland, in: JAN WILLEM DUUYENDAR/HEIN-ANTON VAN DER HEIJDEN/RUUD KOOPMANS/LUUK WIJMAN (Hg.), Tussen verbeelding en macht. 25 jaar nieuwe sociale bewegingen in Nederland, Amsterdam 1992, S. 64–66; vgl. auch FRANS DEKKERS/DAAN DIJKSMAN, 'n Hollandse Stadsguerrilla. Terugblik op de Rode Jeugd, Amsterdam 1988.

Bombenanschläge und 1990 tötete die IRA »versehentlich« zwei australische Touristen.

Diesen verschiedenen politischen Bewegungen entstammenden und unterschiedlichen ideologischen Motiven folgenden radikalen Gruppierungen, die in den Niederlanden zur politischen bzw. terroristischen Gewalt griffen – süd-molukkesische Jugendliche, linke Aktivisten wie die »Rode Jeugd« und palästinensische Kommandos –, kehrten wiederholt in das Bedrohungsszenario zurück, das die mit der Terrorismusbekämpfung beschäftigten staatlichen Stellen entwarfen. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, die zur gleichen Zeit mit terroristischen Aktivitäten konfrontiert waren, wurden diese Formen der politischen Gewalt in den Niederlanden jedoch weder offiziell noch öffentlich als »terroristisch« bezeichnet. Intern verwendete man zwar Termini wie »Terror« und »Terrorismus«,⁵ aber erst im sogenannten »Terrorbrief« von 1973 verwendeten staatliche Stellen diese Begrifflichkeit auch öffentlich, die aber weiterhin möglichst vermieden wurden.⁶ Im Rahmen seiner Deeskalationsstrategie sprach der Sicherheitsdienst BVD in den 1980er Jahren nicht von Terroristen, sondern benutzte den Begriff »politisch gewalttätiger Aktivismus«. Das Etikett »Terrorismus« wurde nur dann verwendet, wenn es sich um explizit gegen Menschenleben gerichtete und auf die Gesellschaftsordnung zielende Gewaltaktionen handelte, wobei auch diesbezüglich eher eine interne als eine öffentliche Verwendung festzustellen ist.

Auch in den 1990er Jahren hielt diese im europäischen Kontext auffällige Zurückhaltung gegenüber dem Terrorismusbegriff sowohl in den Medien als auch in der Politik an und es entwickelte sich kein öffentlicher Druck, gewalttätige politische Aktionen als »terroristisch« zu bezeichnen. Ein wichtiger Grund hierfür liegt darin, dass die Bedrohungen in dieser Zeit überwiegend von einzelnen kleineren ausländischen Bewegungen ausgingen, die in den Niederlanden kaum über eine soziale oder politische Basis verfügten. Da die von niederländischen Gruppen ausgehenden Gewaltaktionen nach 1980 praktisch verschwunden und auch die von außen kommenden Bedrohungen gegen Ende des 20. Jahrhunderts stark zurückgegangen waren, schenkten Polizei und Justiz dem »Terrorismus« als Ganzem nur noch begrenzt Aufmerksamkeit. Eine Folge davon war allerdings, dass bis zum Jahr 2001 Wissen und

5 Vgl. zum Beispiel der Brief des BVD-Direktors A. Kuipers an den *Commissaris der Koningin in de Provincie Noord-Brabant*, 29. März 1973, mit Anhang zum Thema »Auskünfte politischer Terrorismus« (15 S.), Archiv des Autors.

6 Vgl. zum Beispiel Justizminister Van Agt, »Antwoord op de vragen ter voorbereiding van een openbare commissievergadering, Rijksbegroting voor het dienstjaar 1973, hoofdstuk VI Justitie, nr. 14; Handelingen van de Tweede Kamer (HTK, parlamentarische Protokolle), 1972–1973, 12.000, S. 1–3.

Methoden der Terrorismusbekämpfung nicht weiter entwickelt wurden: So warnte der BVD beispielsweise bereits 1992 vor dem islamistischen Radikalismus, aber die Entscheidungsträger schenkten dem keine Beachtung.⁷

Zusammenfassend kann folglich eine auffällige Diskrepanz zwischen »realen« terroristischen Gewaltaktivitäten, medialer bzw. öffentlicher Zurückhaltung im Hinblick auf die Verwendung des Terrorismusbegriffs und den konkreten sicherheitspolitischen, polizeilichen und strafrechtlichen Gegenaktivitäten konstatiert werden: Bis zum Jahr 2001 waren in den Niederlanden zwar mindestens 19 Menschen bei terroristischen Anschlägen ums Leben gekommen (darunter auch sechs Terroristen), aber Medien, Bevölkerung und Staat schenkten der Thematik »Terrorismus« – abgesehen von den unmittelbaren Reaktionen auf konkrete Anschläge – kaum kontinuierlich Beachtung. Anders als in anderen europäischen Ländern und insbesondere der Bundesrepublik erließen die Niederlande keine neuen Gesetze zur Bekämpfung terroristischer Bedrohungen und veränderten – abgesehen von den *Bijzondere Eenheden* (Spezialeinheiten der Polizei) und einer unzulänglichen Zentralisierung polizeilicher Aktivitäten – die Infrastruktur im Bereich der inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung kaum. Eine Erklärung – der im Folgenden nachgegangen werden soll – liegt in der Entwicklung einer spezifischen, »niederländischen« Terrorismusbekämpfung und eines ebenso signifikanten öffentlichen Umgangs mit dem Thema »Terrorismus« seit den 1970er Jahren.

Anti-Terrorismus-Politik in der Frühphase des Terrorismus

Die Besetzung der indonesischen Botschafterwohnung in Wassenaar am 31. August 1970 wird allgemein als erste Manifestation des modernen Terrorismus in den Niederlanden angesehen. Im selben Jahr sorgten ein Anschlag palästinensischer Terroristen und mehrere Aktionen der *Rode Jeugd* dafür, dass zuständige Beamte damit begannen, über eine niederländische Anti-Terror-Politik nachzudenken – allerdings ohne damals bereits diese Begrifflichkeit zu verwenden. Innerhalb der Justiz wurden erste Versuche unternommen, die Ermittlung und Verfolgung terroristischer Taten zu zentralisieren. In Folge der ersten Bombenanschläge beschloss die Versammlung der Oberstaatsanwälte im September 1971, sich regelmäßig mit den Direktoren von Polizei, Justiz und Innenministerium sowie mit der Leitung des Sicher-

7 BEATRICE DE GRAAF/BOB DE GRAAFF, Counterterrorism in the Netherlands: the »Dutch approach«, in: JON MORAN/MARK PHYTHIAN (Hg.), *Intelligence, Security and Policing Post-9/11. The UK's Response to the War on Terror*, London 2008, S. 183–202.

heitsdienstes (BVD) über aktuelle Terrorismusbedrohungen auszutauschen.⁸ Diese Zusammenkünfte wurden ebenfalls dazu genutzt, die Verbindungen zwischen dem BVD und der lokalen Polizei zu stärken, die unzureichend und wenig effektiv waren. Der BVD war bereits im Herbst 1970 intern zu dem Ergebnis gekommen, dass man politischer Gewalt und Terrorismus mehr Aufmerksamkeit schenken müsse, trat damit aber noch nicht an die Öffentlichkeit.

Erst mit dem Anschlag von München im Jahr 1972 erhielt die Gefahr terroristischer Anschläge eine höhere politische Aufmerksamkeit.⁹ Innerhalb des Ministerrats setzte sich die Erkenntnis durch, dass man – wie Deutschland auch – nicht auf solche terroristischen Gewalttaten vorbereitet war.¹⁰ Die niederländische Anti-Terror-Politik sollte deshalb zentraler gelenkt und ausgeführt werden und die Regierung beschloss, Zuständigkeit und Koordination bei Terroranschlägen dem Justizminister zu übertragen. Das Vorgehen gegen konkrete Anschläge sollte primär in den Aufgabenbereich der Polizei fallen, was deren Verstärkung durch Spezialeinheiten – den sogenannten *Bijzondere Bijstandseenheden* – nach sich zog. Es entstand eine neue Einheit von Scharfschützen, eine Nahkampfeinheit (*close-combat-unit*) und eine Kompanie Panzerinfanterie zur Absperrung und Sicherung von Zielen bzw. Orten terroristischer Anschläge.¹¹ Diese Pläne präsentierte Ministerpräsident Biesheuvel im Februar 1973 der Zweiten Kammer in Form eines »Terrorbriefs«, wie der entsprechende Entwurf genannt wurde. Damit war die erste nationale niederländische Strategie der Terrorismusbekämpfung umrissen, und der »Terrorbrief« sollte richtungweisend für die Anti-Terror-Politik der folgenden Jahre werden.¹²

Ein wesentliches Ziel der ersten offiziellen niederländischen Strategie zur Bekämpfung von Terrorismus war es, »die offene Gesellschaft nicht zu gefährden« und die Stigmatisierung der »Terroristen« zu vermeiden, solange es keine absichtlichen Todesopfer gab. Im Mittelpunkt stand folglich die

8 Vgl. »Notulen van de vergadering van Procureurs-Generaal, fgd. Directeuren van Politie met het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst in het Ministerie van Justitie op 23 september 1971«, RA 1972/001, Archiv des Justizministeriums, Den Haag.

9 »Politie bewapend op Schiphol«, in: Trouw, 12. September 1972.

10 »Vragen van de leden Geurtsen, Berkhouwer en Porthoines«, 8 september 1972, HTK, 1972–1973. Anhang, Nr. 705, S. 1415.

11 »Conclusies van de bespreking over overheidsmaatregelen tegen terreuracties, gehouden in het ministerie van Algemene Zaken op dinsdag 26 september 1972 van 14.00 tot 16.00 uur«, RA 1972/001, Archiv des Justizministeriums; vgl. EIKELENBOOM, *Niet bang om te sterven*, p. 197–198.

12 HTK, Brief des Ministerpräsidenten, 22. Februar 1973, Rijksbegroting voor het dienstjaar 1973, 12.000, Nr. 11.

gesellschaftliche Reintegration von protest- und gewaltbereiten Minderheiten.¹³ Einige Mitglieder der *Rode Jeugd*, die zwischen 1974–1976 dem gewalttätigen Aktivismus den Rücken kehrten, fanden Unterschlupf in der kleinen, 1957 gegründeten Pazifistischen Sozialen Partei (PSP) oder engagierten sich in der Kommunalpolitik.¹⁴ Die südholändischen jugendlichen Aktivisten fanden ab 1978 neue Möglichkeiten, ihre politischen und sozialen Ziele in der Sozial-, Jugend-, und Empowerment-Arbeit umzusetzen.¹⁵

Ungeachtet dieser Strategie, blieb die Umsetzung der Anti-Terror-Politik weiterhin eine eher dezentrale, lokale Angelegenheit. Es gab zwar zentral vorgegebene, interne Richtlinien (etwa zum Umgang mit »Bombenterror«), und hohe Beamte trafen sich regelmäßig zum Informationsaustausch, aber neue Gesetze wurden nicht verabschiedet.¹⁶ Selbst nach den Anschlägen der Molukken in den 1970er Jahren dauerte es noch mehrere Jahre, bis der BVD 1985 eine zentrale Terrorismus-Abteilung bekam.¹⁷ Andere Sicherheitsaufgaben im Kontext des Kalten Krieges hatten Priorität und die Terrorismusbekämpfung blieb Aufgabe der einzelnen lokalen Polizeieinheiten, die diese Befugnisse nur ungern oder gar nicht an zentrale Stellen abgeben wollten. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland hielten es die politischen Führungskräfte nicht für nötig, eine Zentralisierung der Terrorismusbekämpfung »von oben« durchzusetzen: »Wer von den Autoritäten welche Entscheidungen trifft, ist nicht von vornherein genau festzulegen«, lautete der stoische Kommentar des *ministerialen Lenkungsausschusses Terrorismusbekämpfung im Justizministerium (ASTA)*.¹⁸

Der Inhalt des »Terrorbriefs« von Anfang 1973 spiegelt diese pragmatische Herangehensweise wider: In dem Text spielen der politische Kontext und die politischen Motive des Terrorismus keine Rolle; politische Ideologie, Revolution oder die Unterwanderung der Demokratie werden mit keinem Wort

erwähnt: Terrorismus wurde weder als ein besonderes politisches Verbrechen noch als politisches Problem angesehen. Deshalb hielt es Justizminister Dries van Agt (Mitglied des Kabinetts Den Uyl, das im Mai 1973 das Kabinett Biesheuvel abgelöst hatte) nicht für nötig, neue Gesetze zu erlassen oder bestehende zu ändern – und dies blieb auch die Politik der folgenden Jahre. Die neuen Anti-Terrorismus-Maßnahmen – 1972/73 die Errichtung polizeilicher Sondereinheiten und 1975 die eher zögerliche Zentralisierung polizeilicher Aktivitäten – wurden einfach in die bestehende gesetzliche und verwaltungstechnische Struktur eingefügt.

Terrorismusbekämpfung in einem versäulten politischen System

Die Strategie zur Terrorismusbekämpfung der niederländischen Regierung in den 1970er Jahren lässt sich mit dem Modell »des versäulten politischen Systems« des niederländischen Politikwissenschaftlers Hans Daalder zutreffend beschreiben: Sie schirmte das politische System und die Gesellschaft einerseits so weit wie möglich gegen »schädliche Volksinflüsse« ab, schreckten aber andererseits vor öffentlichen, staatlich-repressiven Maßnahmen zurück.¹⁹ Terroristische Aktivitäten sollten primär auf gewaltlose Weise mithilfe von Nachrichtendiensten und Verfassungsschutz, Verhaftungen oder gar Verhandlungen bekämpft und neutralisiert werden.²⁰ Falls dies unvermeidlich erschien, schreckte die Regierung allerdings nicht vor dem Einsatz spezieller Einheiten der Terrorismusbekämpfung (zusammengesetzt aus Polizisten und Militärs) zurück, und Molukker in Assen, Lunteren oder Cappelle aan den IJssel litten schwer unter bewaffneten Aktionen, Hausdurchsuchungen und Räumungen, die Polizei und Spezialeinheiten durchführten. Lokale Polizeikommandanten, wie der Kommandant Odekerken von Eindhoven, scheuten sich nicht, Polizeihunde gegen Demonstrationen der *Rode Jeugd* einzusetzen. Aber repressive und bewaffnete Maßnahmen der Polizei wurden möglichst eingeschränkt und von den Medien abgeschirmt. Regierungsvertreter und Terrorismusbekämpfer äußerten sich hierzu nicht öffentlich, weil man »unvorhersehbare Folgen« fürchtete.²¹

- 13 PAUL ABELS, »Je wilt niet geloven dat zoiets in Nederland kan!«, in: BEATRICE DE GRAAF/ISABELLE DUUYVESTEYN (Hg.), *Terroristen en hun bestrijders, vroeger en nu*, Amsterdam 2006, S. 121–128; vgl. auch der so genannte »Terreurbrief«: »Brief van de Minister-President«, in: »Rijksbegroting voor het dienstjaar 1973, Hoofdstuk IV. – Justitie«, Ministerium für Allgemeine Angelegenheiten, 12.000, Nr. 11.
- 14 Vgl. NRC Handelsblad vom 17. November 1978; De Volkskrant vom 1. Februar 1994.
- 15 HENK SMEETS/FRIDUS STEIJLEN, In Nederland gebleven. De geschiedenis van Molukkers 1951–2006, Amsterdam 2006, S. 241–280.
- 16 EIKELEENBOOM, Niet bang om te sterven, S. 92–93, 196.
- 17 Vgl. DICK ENGELEN, Frontdienst. De BVD in de Koude Oorlog, Amsterdam 2007, S. 170.
- 18 Dritter Bericht der ASTA, 8. Juni 1976, RA 1972/001, Archiv des Justizministeriums.

- 19 H. DAALDER, »Politiek bestel en sociale realiteiten«, in: H. DAALDER, *Politiek en Historie; opstellen over Nederlandse politiek en vergelijkende politieke wetenschap*, Amsterdam 1990, S. 180.
- 20 Vgl. Protokolle des Ministerrates, 8. September 1972, Nr. 5730, Nationaal Archief, Den Haag; KLERKS, *Terreurbestrijding*, S. 50–53.
- 21 Direktorat-General der Polizei/Justizministerium, »nota betreffende »terroristische bankovervallen«, t.b.v. de vergadering van procureurs-generaal«, Sept./Okt. 1971, RA 1972/001, Archiv des Justizministeriums.

Dem Wunsch der Regierung nach Geheimhaltung und Zurückhaltung trugen auffälligerweise auch das Parlament sowie die Medien bei ihren wenigen kritischen Nachfragen ebenfalls weitgehend Rechnung. Anfangs boten die Rundfunk- und Fernsehorganisationen VPRO, KRO und AVRO der *Rode Jeugd* noch eine Plattform,²² und ihre Aktivisten erhielten im Sommer des Jahres 1971 Gelegenheit, im Rundfunk ihre Meinung zu verlautbaren: »Wenn es notwendig ist, Menschen zu vernichten oder zu liquidieren, wird die Rode Jeugd nicht davor zurückschrecken und dies auch tatsächlich ausführen«, drohte ein Mitglied der niederländischen Bevölkerung in einer Sendung der VPRO.²³ Im Programm »Televizier« der AVRO erschienen nochmals zwei unkenntlich gemachte Mitglieder der *Rode Jeugd* (Theo Engelen und Lucien van Hoesel) und riefen zur Revolution auf und versuchten, Anhänger zu mobilisieren.²⁴

Justizminister Van Agt und die Bundesanwaltschaft (*Openbaar Ministerie*) berieten sich am 6. August 1971, wie sie die Medien dazu bringen konnten, dieser »terroristischen, trainierten Organisation« keine Aufmerksamkeit mehr zu schenken.²⁵ Anscheinend nahm der Minister direkt Einfluss auf die Sendeorganisationen und danach fanden tatsächlich keine Rundfunk- und Fernsehinterviews mehr statt. Lediglich die linksliberale Zeitschrift *Vrij Nederland* veröffentlichte am 7. August 1971 noch eine Erklärung der *Rode Jeugd*, in der die Aussage fiel: »Jemanden töten ist nach unserer Ideologie völlig selbstverständlich.«²⁶ Ab 1972 konnte die *Rode Jeugd* dann nur noch in ihren eigenen Medien – einige wenige »graue« Broschüren – publizieren.²⁷

Auch in den Jahren danach behielt das Justizministerium eine gewisse Kontrolle über die Medien. So gelang es dem Justizministerium, den Namen des neuen, landesweiten Bundesanwalts für Terrorismusbekämpfung, der ab 1974 mit der Verfolgung von terroristischen Straftaten beauftragt wurde, geheim zu halten. Die Chefredakteure aller Zeitungen und Rundfunkorgani-

22 »Kopie van bandopname van uitzending in KRO-echo op woensdag 28 juli 1971«, Archiv Arrondissementsrechtbank 's-Hertogenbosch, 1970-1979 (2366) Brabants Historisch Informatiecentrum (BHIC).

23 Interview VPRO op 30 juli 1971, Archiv Arrondissementsrechtbank 's-Hertogenbosch, 1970-1979 (2366) BHIC.

24 DEKKERS/DIJKSMAN, 'n Hollandse stadsguerrilla, S. 37.

25 Verslag van bespreking ten departement op 6 augustus 1971, betreffende de Rode Jeugd te Eindhoven, Archiv Arrondissementsrechtbank 's-Hertogenbosch, 1970-1979 (2366) BHIC.

26 DICK VAN DE POL, De Rode Jeugd van Eindhoven kondigt de stadsguerrilla aan. »Iemand om zeep helpen is in onze ideologie volkomen vanzelfsprekend«, in: *Vrij Nederland*, 7. August 1971.

27 Wie das eigene *Rode Jeugd katern*. Vgl. DEKKERS/DIJKSMAN, 'n Hollandse stadsguerrilla, S. 37.

sationen wurden zwar brieflich oder persönlich über die Ernennung dieses so genannten »Terroroffiziers« informiert, bei dem es sich um den Indien-Veteran R.A. Gonsalves, in der Umgangssprache auch »Gunsalvo« genannt aufgrund seines repressiven Auftretens in den ehemaligen Kolonien, handelte. Gleichzeitig erging jedoch die dringende Bitte, dessen Identität aufgrund der Sicherheitsinteressen geheim zu halten; die Redakteure fügten sich dem.²⁸ Die niederländische Medienlandschaft spiegelte in diesen Jahren noch die strukturelle Teilung der Gesellschaft in weltanschauliche und politische Sphären (»Säulen«) wider: Die Zeitungen sowie Rundfunk- und Fernsehorganisationen folgten in vielen Angelegenheiten noch »ihren« politischen Vertretern und ließen sich gerade in der Terrorismusbekämpfung und Sicherheitspolitik weitgehend widerspruchslos von den Autoritäten »beraten« bzw. von deren Vorgaben leiten.

Den Vorwurf eines mangelnden Interesses des Parlaments beantwortete der sozialdemokratische Abgeordnete Aad Kosto (PvdA) empört, dass die neuen Antiterrormaßnahmen wie die Errichtung der Spezialeinheiten nur per Zufall oder beiläufig ans Licht kämen.²⁹ Der Abgeordnete der Pazifistisch-Sozialistischen Partei Bram van der Lek bezeichnete die niederländische Strategie zur Terrorismusbekämpfung im Hinblick auf die eigenwilligen, kaum kontrollierten Aktivitäten der verantwortlichen Minister und Ministerialräte sogar als »Wild-West-Denken«.³⁰ Der Philosoph Rypke Sierksma charakterisierte 1982 sogar die Entwicklung der Sicherheitspolitik als eine Tendenz zur »autoritären Staatsform«, in der die Entscheidungsprozesse im Bereich der inneren Sicherheit nur noch die Angelegenheit interner Beratungsausschüsse innerhalb des Verwaltungsapparats seien und in der Abgeordnete strukturell ausgeschlossen würden – eine Beschreibung, die nicht völlig unzutreffend war.³¹

Eine Folge dieser Politik waren aber auch erhebliche Defizite: Kein Minister machte sich die konkrete nationale Umsetzung der Terrorismusbekämpfung zu einer primären Aufgabe, und die Versuche, diese stärker zu zentralisieren, blieben zaghaft. Anlässlich des »Terrorbriefs« von 1973 wurde zunächst beschlossen, die *Informatiecentrale Bijzonder Zaken* (auch *Bijzondere Zaken Centrale*, BZC, genannt) des *Criminele Recherche Informatiedienst* (CRI) zum

28 R.A. GONSALVES/G.J. VERHOOG, Mr. Gonsalves. Memoirs, Amsterdam/Antwerpen 1999, S. 180; »Geheim« officier leidt onderzoek naar bomboeven, *De Telegraaf*, 19. Oktober 1972; vgl. ook Onderzoek bomaanslagen krijgt centrale leiding, *de Volkskrant*, 19 oktober 1972.

29 »Bijzondere commissie voor de brief van de minister-president inzake bestrijding van terreuracties, vergadering van 29 maart 1973, HTK, zitting 1972-1973, AA3.

30 Ebd., AA4.

31 R. SIERKSMA, Polis en politiek: kraakbeweging, autoritaire staat en stadsanalyse, Delft 1982, S. 30-31; KLERS, Terreurbestrijding, S. 53-54.

Mittelpunkt des terrorismusbezogenen Informationsaustauschs zu machen.³² Die seit 1975 einsatzbereite Zentrale unterstützte das neue *Landelijk Bijstandsteam Terreurbestrijding* (LBT, das Landesweite Einsatzteam Terroris- musbekämpfung), das im Falle eines Anschlags oder einer Geiselnahme die Recherchearbeit durchführen und in den bestehenden Sicherheitsapparat integriert werden sollte. Dies wurde jedoch nicht erreicht, denn der CRI stand als Nachrichtendienst der Polizei in einem gespannten Verhältnis zum BVD. Es entwickelte sich ein Konkurrenz- und Kompetenzkampf zwischen beiden Nachrichtendiensten. So besaßen beispielsweise 1977 Infiltranten des CRI und des BVD Informationen über die Pläne der Molukker, einen Zug zu entführen, die beiden Behörden gaben diese jedoch untereinander nicht weiter.³³ Auch die Krisen- und Strategiezentren, die auf regionaler oder lokaler Ebene den Einsatz von antiterroristischen Spezialeinheiten kommandierten oder koordinierten, verstrickten sich in Kleinkriegen mit anderen staatlichen Institutionen und arbeiteten nur unzureichend zusammen. Nationale, regionale und lokale Justizbehörden, Polizeistellen, Bürgermeister oder Kommissare der Königin beanspruchten Verfügungsgewalt bei Anti-Terror-Maßnahmen und damit teilweise die Deutungshoheit über terroristische Bedrohungen. Die zentralen Richtlinien wurden nicht einheitlich umgesetzt und waren nicht einmal überall bekannt und die verschiedenen staatlichen Stellen und Sicherheitsorgane arbeiteten nur unzureichend zusammen.³⁴

Beispielsweise weigerte sich der Amsterdamer Polizeikommandant Toorenar im September 1975, seine Ermittlungsergebnisse bezüglich einer vermittelten Zuentführung der Palästinensischen Mitglieder der PFLP an den Bundesanwalt für Terrorismusbekämpfung (den »Terroroffizier«) Gonsalves weiterzuleiten und das *Landelijk Bijstandsteam Terreurbestrijding* einzubeziehen.³⁵ Während der ersten Stunden der Besetzung des Indonesischen Konsulats in Amsterdam durch süd-molukkesische Aktivisten im Dezember 1975 zeigten sich die staatlichen Behörden infolge einer Auseinandersetzung über die Zuständigkeiten zunächst nahezu paralysiert, denn sowohl der Amsterdamer Bürgermeister als auch der Bundesanwalt beanspruchten die Entschei-

32 Brief Van Agt an den Direktor-General Polizei, Justizministerium, 16. Januar 1973, RA 1972-006. Archiv des Justizministeriums, Den Haag.

33 Vgl. EIKELBOOM, Niet bang om te sterven, S. 209-216, hier S. 216.

34 Vgl. zum Beispiel der Brief von Bürgermeister aus Gemeinden mit Reichspolizei an den Ministerpräsidenten, 24. November 1972, Vergaderstukken ministerraad, Box 1155, Mäppe 24/11/1972, Nationaal Archief, Den Haag; »Eerste rapport van de ambtelijke stuurgroep terroristische acties, 30 oktober 1972; »Tweede rapport van de ASTA, 24 november 1972. RA 1972/001. Archiv des Justizministeriums; »Notulen [...], 23 september 1971, RA 1972/001, Archiv des Justizministeriums.

35 GONSALVES/VERHOOG, Mr. Gonsalves, S. 183-188.

dungskompetenzen für sich.³⁶ Ähnliche Probleme zeigten sich während der Aktionen der Molukker in den Jahren 1975 und 1977: Bürgermeister und Kommissare der Königin akzeptierten nur ungern und zögerlich die Anweisungen der Bundesanwaltschaft, da sie in regionalen Sicherheitsangelegenheiten grundsätzlich autonom operieren konnten.³⁷ Letztlich wurden solche Kompetenzstreitigkeiten jeweils pragmatisch gelöst. Eine einheitliche nationale Richtlinie kam nicht zustande – was die These des Politikwissenschaftlers Hans Daalder unterstreicht, die niederländischen Entscheidungsprozesse seien dadurch gekennzeichnet, dass die staatliche Exekutivorgane im Fall einer nationalen Krise die Aufrechterhaltung der demokratischen Rechtsordnung ohne parlamentarische Aufsicht oder öffentliche Kontrolle der Medien in gegenseitiger Beratung »organisieren« und wiederherstellen würden.³⁸

Arkane Terrorismusbekämpfung und das Fehlen eines öffentlich-politischen Terrorismusdiskurses

Die nationale Anti-Terror-Politik lag in den 1970er und 1980er Jahren in der Verantwortung weniger hoher Beamter und Experten, die ein geschlossenes Netzwerk bildeten.³⁹ Die Bekämpfung terroristischer Aktivitäten wurde von der *Ambtelijke Stuurgroep Terroristische Acties* (ASTA) betreut und koordiniert. Diese Steuerungsgruppe war aus den Beratungsgesprächen höherer Beamter, die seit September 1971 stattfanden, hervorgegangen und wurde 1972 als separater Lenkungsausschuss ASTA institutionalisiert. Zu den Mitgliedern gehörten unter anderem die Generalstaatsanwälte, zwei hohe BVD-Mitarbeiter und der Leiter des BVD und die Leitung hatte der Generaldirektor der Abteilung Polizei im Justizministerium inne.⁴⁰

Da sich in der kleinen Gruppe alle kannten, konnten die Mitglieder auf kurzen, zumeist informellen Wegen kommunizieren.⁴¹ Diese Verbindungen

36 Idem.

37 KLERKS, *Terreurbestrijding*, S. 41-43.

38 HANS DAALDER, *Politisering en lijdelijkheid in de Nederlandse politiek*, Assen 1974, S. 10-37; KLERKS, *Terreurbestrijding*, S. 50; J.F.M. KOPPENJAN/A.B. RINGELING/R.H.A. TE VELDE, *Beleidsvorming in Nederland. Een vergelijkende studie naar de totstandkoming van wetten*, 's-Gravenhage 1987, S. 14; vgl. Prof.Dr. Jouke de Vries, *Verdwijnt het debat uit de wetenschap en de politiek?*, Thorbecke-lezing 2003, in: <http://www.ver-thorbecke.nl/Lezing2003.htm> [20. August 2008].

39 DEKKERS/DIJKSMAN, 'n Hollandse stadsguerrilla', S. 56.

40 »Conclusies van de bespreking over overheidsmaatregelen tegen terreuracties, dinsdag 26 september 1972, RA 1972/001, Archiv des Justizministeriums.

41 Der »Terrorbekämpfungsoffizier« Gonsalves, der Bundesanwalt Van der Feltz und Justizminister Van Agt waren alle eng befreundet oder gar verwandt. Vgl. GONSALVES/VERHOOG, Mr. Gonsalves, S. 191.

überwanden politische und weltanschauliche Trennlinien. Das führte zu einer entpolitisierten und geschlossenen Anti-Terror-Politik, in der die parlamentarische Kontrolle durch die Zweite Kammer keine Rolle spielte. Die geringe politische Aufmerksamkeit zeigte sich auch darin, dass trotz mehrerer Opfer in den 1970er Jahren die Verfassungsschutzbehörde kaum vergrößert wurde, während sich der Personalstand des niederländischen Bundeskriminalamts verdreifachte. Nach der ersten Zuentführung durch südmolukkesische Jugendliche im Dezember 1975 schlug der Chef des Verfassungsschutzes A. Kuipers dem Innenminister W. F. De Gaay Fortman lediglich vor, fünf zusätzliche Mitarbeiter und später eventuell noch zwei weitere in die zuständige Abteilung zu versetzen.⁴² Der niederländische Verfassungsschutz war bestrebt, keine Aufmerksamkeit auf seine Antiterrorismus-Aktivitäten zu lenken oder gar um öffentliche Unterstützung zu werben. Vielmehr hielt er vereitelte terroristische Anschläge, wie die geplanten Entführungen von Königin Juliana und der Ministerpräsidenten Joop den Uyl und Dries Van Agt, streng geheim.⁴³

Für diese Periode waren folglich die Geheimhaltung von Anti-Terror-Maßnahmen und eine starke politische Zurückhaltung kennzeichnend. Bereits die Gründung des *Landelijk Bijstandsteam Terreurbestrijding* (LBT), die Identität des leitenden nationalen Terroroffiziers und auch die im »Terrorbrief« genannten Maßnahmen blieben längere Zeit geheim und drangen erst an die Öffentlichkeit, nachdem einige Minister Druck auf Ministerpräsident Biesheuvel ausübten.⁴⁴ Politische Zurückhaltung und Arkanpolitik der Regierung waren nur dadurch möglich, dass die Öffentlichkeit Zurückhaltung übte und keine öffentliche Entrüstung aufkam. Nicht einmal über den »Terrorbrief« wurde eine nennenswerte politische oder öffentliche Debatte geführt.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie der Bundesrepublik oder Italien fällt folglich auf, dass der Terrorismus in den Niederlanden auf ein relativ geringes politisches und öffentliches Interesse stieß und zudem kaum Unruhe, Angst oder Panik in der Bevölkerung hervorrief. Obwohl sich das gesellschaftliche Klima nach der zweiten gewaltsamen Zuentführung durch die Molukken verhärtete, zeigten immer noch 27 Prozent der niederländischen

42 ENGELN, Frontdienst, S. 180.

43 FRITS HOEKSTRA, In dienst van de BVD. Spionage en contraspionage in Nederland, Amsterdam 2004, S. 73.

44 Ministerium von Allgemeinen Angelegenheiten (Sitz des Ministerpräsidenten), »Conclusies van de tweede bespreking over overheidsmaatregelen tegen terreuracties«, 6 november 1972, RA 1972/001, Archiv des Justizministeriums; Brief Van Agt an Biesheuvel, 21. Februar 1973, RA 1972/001; Nota Merckelbach an den Ministerpräsidenten, »Overheidsmaatregelen tegen terreuracties«, 1. Dezember 1972, Protokolle des Ministerrates, Box 1209, Mappe 02/02/1973, Nationaal Archief, Den Haag; EIKELNBOOM, Niet bang om te sterven, S. 96–97.

Bevölkerung Verständnis für die molukkesische Sache.⁴⁵ Die auffallende Diskrepanz zwischen terroristischer Gewalt (19 Tote) und der gemäßigten Reaktion der Bevölkerung – insbesondere das Fehlen eines öffentlichen Bedrohungsdiskurses – lässt sich nicht allein durch die zurückhaltende staatliche Anti-Terror-Politik erklären, obwohl diese sicher eine wichtige Rolle spielte.

Wesentlich ist zunächst, dass die verschiedenen Manifestationen terroristischer Gewalt in den Niederlanden (Palästinenser, Revolutionäre, Molukken) aus dem bis dahin existierenden Rahmen der Bedrohungen und der politisch-sozialen Gegensätze fielen. Die gewalttätigen Aktionen wurden nicht als massive Angriffe auf die Sicherheit der Republik und die gesellschaftliche Ordnung angesehen, es wurde kein Feindbild beispielsweise der gesellschaftsbedrohenden »molukkesischen Terroristen« konstruiert und es entwickelte sich auch keine allgemeine Terroristenangst.⁴⁶ Sogar für die konservativen und nationalistischen Niederländer waren die Molukken »unsere Mitsstreiter« in den Kolonialkriegen gewesen; für linke und liberal eingestellte Bevölkerungskreise symbolisierten sie dagegen die »koloniale Schuld« der Niederlande, die diese noch nicht abgetragen hatte.⁴⁷ Dagegen stellte der palästinensische Terrorismus in den Niederlanden ein exotisches und isoliertes Phänomen dar, wo es im Gegensatz zur Bundesrepublik keine nennenswerte »arabische Diaspora« gab.

Auch den revolutionären Stadtguerilleros, der »Rode Jeugd«, gelang es nicht, die niederländische Gesellschaft in Angst und Schrecken zu versetzen: Sie drohte zwar mit tödlichen Anschlägen, realisierte diese jedoch nicht. Zudem waren Bedrohungsbilder wie »Kommunisten«, »Straßenrevolte« und sogar »Bürgerkrieg« oder »Anarchie« in den Niederlanden viel weniger präsent als in anderen Ländern, da hiervon in der jüngeren Geschichte keine erfahrbare Gewalt ausgegangen war. Ebenso war die durch den Kalten Krieg geschürte Angst vor Kommunisten in den 1970er Jahren in den Niederlanden stark zurückgegangen. Die politischen Verhältnisse waren in den 1970er und 1980er Jahren stabil und die Demokratie erschien nicht als gefährdet. Die terroristische Gewalt der Molukken eignete sich nicht für die Politisierung

45 NIPO Bericht, nr. 1852; vgl. A.P. SCHMID/J.F.A. DE GRAAF/F. BOVENKERK/L.M. BOVENKERK-TEERINK/L. BRUNT, Zuidmoluks terrorisme, de media en de publieke opinie, Amsterdam 1982, S. 61.

46 Vgl. BEATRICE DE GRAAF, Wanneer stoppen terroristen? Het historisch referentiekader als aanknopingspunt voor (contra-)terrorisme; DE GRAAF/DUYVESTEIJN, Terroristen en hun bestrijders, S. 105–119

47 »Terreureur«, NRC Handelsblad, 4. Dezember 1975.

durch die Linke oder Rechte, sodass mit Anti-Terror-Politik kaum Wählerstimmen gewonnen werden konnten.

Die unterschiedlichen Formen politischer Gewalt wurden auch nicht zu einer gesamtgesellschaftlichen Bedrohung durch den »Terrorismus« als ein diffuses, aber einheitliches Phänomen zusammengefasst.⁴⁸ Die terroristischen Aktivitäten in den Niederlanden wurden vielmehr als nicht miteinander zusammenhängende, einzelne Vorfälle wahrgenommen und so auch von den Politikern und den Medien eingeschätzt. Diskussionen über Ursachen, politische Motive oder ideologische Hintergründe des Terrorismus fanden kaum statt.⁴⁹ Während der Debatte über den »Terrorbrief«, im März 1973, weigerte sich Justizminister Van Agt sogar mehr oder weniger auf diese Fragen einzugehen. Während der Terrorismus gegenwärtig vor allem als Bedrohung des Rechtsstaats und der Demokratie an sich gesehen wird, drehte sich die Diskussion in den 1970er und 1980er Jahren vor allem um die Straftaten, welche die Terroristen begingen, und um die dadurch beeinträchtigten Rechtsgüter oder Belange: Im Mittelpunkt stand die kriminelle Handlung als solche und ihre polizeiliche wie strafrechtliche Verfolgung als Straftat und nicht die terroristische Intention – die Verbreitung von Angst und Schrecken und die Destabilisierung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung – als Ziel der Handlung. Die frühen terroristischen Aktivitäten in den Niederlanden wurden folglich in einem eher traditionellen Sinn als (politische) Verbrechen eingestuft und mit entsprechenden Mitteln verfolgt.⁵⁰

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlicher, weshalb sich keine gesellschaftliche oder politische »Terroristenhetze« gegen die gewalttätigen Aktivisten entwickelte. Hinzu kam die präventive Politik der Regierung, die ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre mit Hilfe zweier Mitsprachekommissionen versuchte, die molukkesische Minderheit mittels Dialog und Integrationsinitiativen vom Weg der Gewalt fernzuhalten. Zudem gelang es dem BVD, zahlreiche Aktionen revolutionärer Aktivisten bereits im Vorfeld und ohne öffentliche Aufmerksamkeit im Keim zu ersticken. Dass diese Vorgehensweise auch von der Gewaltbereitschaft der Terroristen selbst abhing, zeigen die gewaltsamen Vorfälle bei der Flucht von RAF-Mitgliedern in die Niederlande:

48 HIK, Justizminister, »Antwoord op de vragen ter voorbereiding van een openbare commissievergadering, Rijksbegroting voor het dienstjaar 1973 (1972–1973), 12.000, Nr. 77.

49 Vgl. ERWIN MULLER, Gijzelingen, aanslagen en ontvoeringen in Nederland – Terrorisme en politieke verantwoordelijkheid, Arnhem 1994, S. 187.

50 Fragen der Abgeordneten Franssen, Abma, Schakel, Van Schaik usw., 21. März 1973, HIK, 1972–1973, 12.000, Nr. 12; Antwort des Ministers Van Agt, HIK, 1972–1973, 12.000, Nr. 14.

Im Gegensatz zu den niederländischen Aktivisten schossen diese sofort und töteten 1977 und 1978 drei niederländische Beamte.

Erfolge und »niederländische Vorgehensweise«

Der Kampf gegen den Terrorismus zeigte in den 1970er und 1980er Jahren wechselnden Erfolg. Einige Anschläge wurden tatsächlich durch den BVD vereitelt, wie 1975 der Versuch einer Entführung von Königin Juliana oder eine geplante Zuentführung durch syrische Aktivisten. Zudem gelang es, bestimmte Gruppen wie die *Rode Jeugd* zu infiltrieren und zu untergraben.⁵¹ Auch die Mitglieder der *Revolutionaire Anti-Racistische Actie* wurden überwacht und effektiv in ihren Aktivitäten gestört, wodurch die Organisation in den 1990er Jahren langsam zu Grunde ging. Diese präventive Sicherheitspolitik war jedoch nicht bei allen Gruppen erfolgreich, und der BVD hatte beispielsweise große Mühe, Informationen aus dem harten Kern der radikalen Süd-Molukken zu gewinnen.⁵²

Ein zusätzliches Problem lag darin, dass Infiltration und Vereitelung nicht immer zur Verfolgung und Verurteilung vermeintlicher Terroristen führten. Denn es gab keine besonderen Straftatbestände oder »Sondergesetze«, die Verschwörung, Bildung terroristischer Gruppen oder sonstige Vorbereitungs-handlungen unter Strafe stellten, mit Ausnahme geplanter Anschläge auf das Staatsoberhaupt (zu der Zeit die Königin). Auch in dieser Hinsicht blieb das Strafrecht der Niederlande eher dem traditionellen Erscheinungsbild des politischen Verbrechens – in diesem Fall dem Majestätsverbrechen – verhaftet. Die schwach ausgeprägte strafrechtliche Verfolgung war weiterhin durch die Interessenkonflikte zwischen den nationalen und lokalen Polizeiorganen und dem BVD bedingt. Für letzteren bildete es kein besonderes Problem, dass es kaum zu Verhaftungen und Verurteilungen kam. Der Sicherheitsdienst wollte vielmehr so lange wie möglich Informationen sammeln und daher polizeiliche Eingriffe aufschieben. Seine präventive Aufgabe des Schutzes der demokratischen Rechtsordnung und der Abwendung von Bedrohungen musste er nicht unbedingt mit den Mitteln des Strafrechts erfüllen. Dagegen zeigten sich Polizei und Justiz oft enttäuscht, wenn sie gewalttätige Aktivisten laufen lassen mussten.

Durch diese mehrgleisige, nicht zentral gesteuerte Anti-Terror-Politik entstand *by default* eine pragmatische und lokale Vorgehensweise, die – rück-

51 BEATRICE DE GRAAF/LEENA MALKKI, Killing It Softly? Explaining the early demise of left-wing terrorism in the Netherlands, in: Terrorism and Political Violence 22 (Dezember 2010) 4, S. 642–659.

52 Vgl. ENGELEN, Frontdienst, S. 166–167, 181–182.

blickend betrachtet – einen »deeskalierenden« Effekt hatte. Anders als in Deutschland konnten niederländische Aktivisten den Staat nicht als totalitär oder repressiv bloßstellen. Kennzeichnend für die niederländische Anti-Terror-Politik war, dass sie die Bevölkerung nicht mobilisierte, keine diffusen Schreckensszenarien entwarf und keine öffentliche oder politische Treibjagd auf Terroristen initiierte. Terrorismusbekämpfung blieb größtenteils eine behördeninterne Angelegenheit hinter »geschlossenen Türen«. Terroristische Bedrohungen und insbesondere vereitelte Anschläge wurden geheim gehalten. Dadurch blieb die Wirkung terroristischer Aktivitäten und Gewalt – die bekanntlich primär auf die Erzeugung eines öffentlichen Bedrohungsszenarios abzielt – eher gering, und auch die Anti-Terror-Maßnahmen erzeugten keine neuen »injustice frames«, die zu Racheaktionen, einer Eskalation der Gewalt oder zur Radikalisierung politischer Anhänger und damit zu neuen Generationen von Terroristen hätten führen können.⁵³

In der Literatur wird dieser Zusammenhang zwischen dem Ausbleiben größerer Wellen terroristischer Gewalt und der spezifischen Anti-Terror-Politik oft mit einer gewissen Selbstzufriedenheit als *Dutch Approach* charakterisiert.⁵⁴ Damit wird das Bild einer bewusst geplanten sicherheitspolitischen Strategie verbunden, die sich durch die Bevorzugung gewaltfreier Lösungen – solange dafür noch Spielräume existieren – auszeichnet und danach strebt, radikale oder gewaltsame Opposition zu befrieden und politischen Protest bzw. dissentierende Gruppen in das bestehende System zu integrieren. Bereits die ersten Debatten um eine neue Strategie der Bekämpfung des Terrorismus waren dadurch gekennzeichnet, dass der Charakter des offenen, demokratischen Rechtsstaates auf keinen Fall angetastet werden sollte. Vielmehr wollten die niederländischen Behörden die Option einer Um- und Rückkehr politisch radikalisierten Personen solange wie möglich offen halten, in der Hoffnung, dass dies eine weitere Radikalisierung verhindern würde. Anti-Terror-Politik zielte folglich nicht nur auf die konsequente Bekämpfung mit allen oder gar erweiterten polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln, sondern auch auf die Umkehr und Integration von potentiellen und ehemaligen Terroristen: Im Fall der Molukken beispielsweise durch eine entsprechende Sozial- und Jugendpolitik und eine Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation der molukkeschen Jugendlichen. Ein hartes, repressives Vorgehen, wie in den östlichen Nachbarstaaten, wurde dagegen als kontraproduktiv angesehen,

53 Vgl. FROUKJE DEMANT/BEATRICE DE GRAAF, How to Counter Radical Narratives: Dutch Deradicalization Policy in the Case of Moluccan and Islamic Radicals, in: *Studies in Conflict & Terrorism* 33/5 (2010), S. 408–428.

54 ABELS, »Je wilt niet geloven dat zoiets in Nederland kan«, S. 123.

worauf die damit befassten Behörden und Beamten auch einige Male explizit verwiesen.⁵⁵

Diese spezifische Strategie war allerdings nicht das Ergebnis einer bewussten, von vornherein intendierten und zentral koordinierten Anti-Terror-Politik. Sie muss vielmehr im politischen Kontext der Zeit gesehen werden. Das niederländische politische System war nicht darauf ausgerichtet, sozialen und politischen Protest auszuschließen, sondern wollte diesen gerade in die gesellschaftliche und demokratische Ordnung integrieren. Exkludierende Maßnahmen wie Berufs- oder Parteiverbote wurden in den Niederlanden nicht angewandt und »radikalere« politische Oppositionelle nicht vorschnell als Terroristen (oder deren Basis) etikettiert. Ihre Aktionen stießen sogar gelegentlich auf Zustimmung, selbst bei Vertretern aus dem rechten Spektrum, wie sich beispielsweise bei den Prozessen gegen molukkesche Aktivisten zeigte. Mit der zunehmenden Gewalt begann diese Haltung zwar zu bröckeln, löste sich aber nicht völlig auf, da die Süd-Molukken ihre gewaltsamen Aktivitäten 1978 einstellen. Auch die wechselnden politischen Konstellationen spielten eine nicht zu unterschätzende Rolle: Die Anfänge der niederländischen Terrorismuspolitik fielen mit der Regierungsperiode des Sozialdemokraten Den Uyls zusammen, der deutlich zu erkennen gab, dass er den Einsatz militärischer und repressiver Mittel verabscheute.⁵⁶ Das galt allerdings nicht für seinen Nachfolger, den Christdemokraten Van Agt, der von 1977–1982 Ministerpräsident war.

Kritiker bezeichneten die niederländische Vorgehensweise oft als »soft« oder »liberal«, und besonders nach der ersten gewaltsamen molukkeschen Zugentführung im Jahr 1975 forderten einige Stimmen härtere, repressive Maßnahmen.⁵⁷ Nach dem Antritt der Regierung Van Agt im Jahr 1977 stießen diese Rufe zwar kurzzeitig auf Widerhall,⁵⁸ da jedoch bereits seit 1978 größere gewalttätige terroristische Aktionen ausblieben, musste ein härteres Vorgehen nicht mehr in die Praxis umgesetzt werden. Nicht zuletzt dadurch konnte das Bild einer sanften, liberalen niederländischen Vorgehensweise gegen terroristische Bedrohungen aufrechterhalten werden. Dass es sich bis zu einem

55 Vgl. KLERKS, *Terreurbestrijding*, S. 41.

56 CEES LABEUR u. a., Interview met minister-president Joop den Uyl, in: »Hier en nu«, NCRV, 24. September 1977. Archiv Beeld en Geluid Hilversum, nr. M58499, zitiert in: JANNEKE MARTENS, »Geen kans voor Baader Meinhof«. De Rote Armee Fraktion op de Nederlandse radio en televisie 1968–1979, nicht veröffentlichte Magisterarbeit, Universität von Amsterdam 2004, S. 51–53.

57 »Rotterdams actiecomité Anti-terroristenwet. Veel bijval ontvangen«, NRC Handelsblad, 5. Dezember 1975. Vgl. »Terrorisme verheugt de roep om »bijzondere maatregelen««, NRC Handelsblad, 10. Dezember 1975.

58 Vgl. BOOTSMA, *De Molukse acties*, S. 286–295.

gewissen Grad um einen Mythos handelt, zeigt bereits der Umstand, dass die niederländische Regierung durchaus zu repressiven Maßnahmen griff, wenn sie dies für nötig hielt: Die Razzien in den molukkeschen Wohngebieten 1970 und 1975, die Unterdrückung der *Rode Jeugd* in Eindhoven und die gewaltsame Beendigung der zweiten molukkeschen Zuentführung im Jahr 1977 (noch zu Zeiten des Kabinetts Den Uyl) belegen dies beispielhaft.

Eine präventive und integrative Politik wurde zwar im Umgang mit gewalttätigen politischen Aktivisten bevorzugt, dies kann jedoch eher auf die politische Kultur der Niederlande als auf eine gezielte und geplante Anti-Terror-Politik zurückgeführt werden. Letztere war gerade dadurch gekennzeichnet, dass einer stärkeren Zentralisierung Hindernisse entgegen standen und damit den lokalen Akteuren (Polizisten, Bürgermeister usw.) eine wichtige Rolle zuviel, die ebenfalls für die Entstehung der dargestellten, »typisch niederländischen« Vorgehensweise verantwortlich war. Mit anderen Worten: Der »Dutch approach« kann besser als eine Form der »invented tradition« bezeichnet werden, die sich erst im Laufe der 1980er und 1990er Jahren zu einer »self-fulfilling prophecy« und zu einem »Markenzeichen« entwickelte und in den Köpfen der politischen Elite wie der Bevölkerung festsetzte. Dies hängt nicht zuletzt mit einem weiteren historischen Kontext zusammen: einem ausgeprägten anti-westdeutschen Reflex.

Schluss: Nicht auf »deutsche« Art und Weise

Die niederländische Vorgehensweise kontrastierte deutlich mit der harten Anti-Terror-Politik der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren. Die deutsche Regierung ergriff weitreichende strafrechtliche Maßnahmen, um den linksradikalen Terrorismus zu bekämpfen, worunter das sogenannte »Berufsverbot«, die Möglichkeit der »Isolationshaft« oder Sondergesetze bzw. Straftatbestände wie die »Bildung terroristischer Vereinigungen« (§ 129 a Strafgesetzbuch) – die sogenannte »Lex RAF« – fallen. Zur deutschen Vorgehensweise gehörte es beispielsweise, bereits die Verbreitung von radikalen Schriften und die Beteiligung an Sympathisanten Gruppen oder sonstigen Unterstützeraktionen für die RAF als Straftaten zu kriminalisieren.⁵⁹ Polizeiliche Verfolgung und strafrechtliche Verfahren unterschieden sich

59 Vgl. für eine detaillierte Darstellung der Entwicklung der bundesdeutschen Antiterrorpolitik: MATTHIAS DAHLKE, Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland, München 2006; MATTHIAS DAHLKE, »Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft«. Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975, in: Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 641–678; MATTHIAS DAHLKE, Der blinde Fleck. Transnationaler und nationaler Terror

aufgrund des in Deutschland geltenden »Legalitätsprinzips« ebenfalls erheblich. Letzteres beinhaltete, dass alle exekutiven bzw. staatlichen Organe verpflichtet waren, eine Straftat zu verfolgen, sobald sie davon Kenntnis erhalten hatten. Im Hinblick auf den Terrorismus bedeutete dies – auch im Fall des »terroristischen Umfelds« und milderer Straftaten – eine (mehr oder weniger) strikte Normdurchsetzung, während in den Niederlanden die Ermessensspielräume von Polizei und Justiz großzügiger gefasst waren und flexibler genutzt wurden.

Ein deutlicher Unterschied zwischen beiden Ländern existierte zudem bezüglich der öffentlichen Sichtbarkeit der Anti-Terror-Politik. Während die Niederlande auf die demonstrative öffentliche Darstellung staatlicher Sicherheitspolitik eher verzichtete, setzte die deutsche Regierung ihre durchgreifende Anti-Terror-Politik in Medien und Öffentlichkeit nachhaltig in Szene. Gemäß dem Konzept der »streitbaren« Demokratie (Karl Loewenstein) musste diese »bewaffnet« sein und entsprechend gegen Bedrohungen vorgehen.⁶⁰ Der Terrorismus wurde von der Regierung Schmidt und auch in den meisten Medien als ein Angriff auf die Demokratie und die Gesellschaftsordnung dargestellt, der mit allen staatlichen Mitteln bekämpft werden musste. »Innere Sicherheit« avancierte folglich nach 1974 immer mehr zu einem Schlüsselbegriff, mit dem sich Politiker profilieren konnten. So war die Oppositionspartei CDU/CSU bestrebt, die sozial-liberale Koalition auf diesem Gebiet der »Regierungsunfähigkeit« zu bezichtigen. Die Anti-Terror-Politik wurde dadurch Teil einer breiteren politischen und gesellschaftlichen Debatte, die in eine gesellschaftliche Polarisierung mündete: Eine Mehrheit setzte auf den Staat und eine entsprechende Sicherheitspolitik, während ein kleinerer Bevölkerungsteil Zweifel und Kritik gegen eine aus seiner Sicht repressive oder gar »totalitäre« Anti-Terror-Politik artikuliert.⁶¹

Auch die gesellschaftliche Wahrnehmung der terroristischen Bedrohung und die Angst vor Terroraktionen unterschieden sich deutlich: In den Niederlanden war diese, wie bereits erwähnt, gering; politische Gewaltakte passten nicht in

rismus auf dem Weg zum »Deutschen Herbst«, in: JAN-HOLGER KIRSCH/ ANNETTE VOWINGKEL (Hg.) Zeitgeschichte-online, Thema: Die RAF als Geschichte und Gegenwart, Mai 2007, S. 8, online: http://www.zeitgeschichteonline.de/zol/portals/_rainbow/documents/pdf/raf/dahlke_dbf.pdf [2. September 2008].

60 KARL MANNHEIM, Diagnosis of Our Time. Wartime Essays of a Sociologist, London 1943; KARL LOEWENSTEIN, Militant Democracy and Fundamental Rights, in: American Political Science Review (1937) 31, S. 417–433 und S. 638–658.

61 Vgl. HANNO BALZ, Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren, Frankfurt/New York 2008.

die traditionellen politischen Dichotomien hinein, für die konfessionelle Gegensätze oder wirtschaftliche Themen eine weitaus stärkere Mobilisierungskraft entfalteten als eine »links« oder »rechts« angehauchte sicherheitspolitische Debatte.⁶² Selbst im rechtskonservativen Teil der Bevölkerung und insbesondere in den Reihen der Indonesien-Veteranen herrschte teilweise Verständnis für die Aktionen der Molukker. Zudem kehrte in den Niederlanden nach der ersten Welle gewalttätiger Aktionen relativ schnell wieder Ruhe ein, während in Deutschland die zweite Generation der RAF-Terroristen die Bevölkerung noch jahrelang in Angst und Schrecken versetzte. Schließlich verfügte die Niederlande über eine historisch weit zurückreichende Demokratietradition und Legitimität wie Stabilität der Demokratie wurden weder angezweifelt noch schienen sie ernsthaft gefährdet. In Deutschland waren dagegen der Untergang der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur noch tief im öffentlichen Gedächtnis verankert und erschien die demokratische Ordnung der Bundesrepublik noch immer als prekär und angreifbar. Aus diesen Gründen konnten die 1970er Jahre in der Bundesrepublik sehr wohl, in den Niederlanden aber keinesfalls, als »Jahrzehnt der Inneren Sicherheit« charakterisiert werden.⁶³

In den Niederlanden verfolgte man die deutsche Entwicklung von innerer Sicherheit und Terrorismus, die darum kreisenden öffentlichen Debatten und die Entstehung einer »moral panic«⁶⁴ mit großer Aufmerksamkeit. In links-liberalen Kreisen machte man sich bereits Anfang der 1970er Jahren Sorgen über die Entwicklung des Rechtsstaats in der Bundesrepublik.⁶⁵ Diese Besorgnis resultierte einerseits aus den herrschenden Ressentiments gegenüber dem ehemaligen Besatzer und dem Schreckgespenst des Nationalsozialismus, näherte sich aber andererseits auch aus der Angst vor dem Aufkommen eines modernen totalitären Überwachungsstaats à la Orwell, symbolisiert durch das »Modell Deutschland«: Kommentatoren warnten vor dem »Lauerstaat« (Überwachungsstaat).⁶⁶ Ministerpräsident Den Uyl versuchte beispielsweise

62. Vgl. HERMAN DE LIAGRE BÖHL, *Niederländse politiek. Hoofdlijnen in de politieke ontwikkeling van het moderne Nederland*, in: Uwe Becker (Hg.), *Maatschappij, macht, Nederlandse politiek. Een inleiding in de politieke wetenschap*, Amsterdam 1991, S. 111–138, hier 127–133.
63. So ECKART CONZE, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Vierteljahresheft für Zeitgeschichte* 53 (2005), S. 357–380.
64. STANLEY COHEN, *Folk Devils and Moral Panics* Stanley Cohen. *The Creation of the Mods and Rockers*, London 1973, S. 9.
65. Vgl. PETER KAAY, *Linkse beweging in toenemende mate onderdrukt. Ervaringen in de Bondsrepubliek Duitsland*, in: *Groene Amsterdammer*, 30. Januar 1970.
66. H. HOFLAND, »De loerdersstaat«, in: *Haagsche Post*, 1. Oktober 1977.

in der Öffentlichkeit Verständnis für seine wochenlangen Verhandlungen – mittels einer aus Vertrauenspersonen zusammengesetzten Delegation – mit den Molukker Zug-Entführern in den Jahren 1975 (vom 2. bis zum 14. Dezember) und 1977 (vom 23. Mai bis zum 11. Juni) zu gewinnen, indem er seine Politik explizit gegenüber derjenigen des östlichen Nachbarn abgrenzte.⁶⁷ Das war nicht nur politisches Kalkül, sondern Den Uyl war aufrichtig empört über das, was er vom Auftreten der deutschen Justiz gegen Terrorismusverdächtigen von der RAF in der Bundesrepublik mitbekommen hatte, und seine bezügelte Ressentiments hegte auch sein (Wähler-)Publikum. Die Botschaft war: Terrorismus wird in den Niederlanden wohl bekämpft, aber nicht auf die »deutsche« Art und Weise. Die anti-deutsche Entrüstung verebte zwar nach der ersten gewaltsamen Aktion von RAF-Mitgliedern in den Niederlanden, die niederländische Debatte über die Terrorismusbekämpfung blieb jedoch noch lange von einem anti-westdeutschen Reflex gefärbt.⁶⁸

Nicht nur in den links-liberalen politischen Kreisen der Niederlande wurde »das Modell Deutschland« abgelehnt. Auch innerhalb des Verfassungsschutzes (dem BVD) beobachteten Mitarbeiter die deutsche Sicherheitspolitik und zogen daraus ihre Schlüsse. Frits Hoekstra, ein ehemaliger BVD-Mitarbeiter, bewertete das niederländische Vorgehen – nicht ohne nationalen Berufsstolz – insbesondere im Vergleich zur Herangehensweise der westdeutschen Kollegen als positiv:

»Die Geheimhaltung all dieser Vorhaben stand im schrillen Kontrast zu der Praxis der westdeutschen Kollegen. Die Pläne der Roten Armee Fraktion, die bei einer Hausdurchsuchung bei Siegfried Haag gefunden wurden, wurden in der Presse breit ausgewälzt; »zum Zweck der Mobilisierung der öffentlichen Meinung«, wie es hieß. Die Hetze, die Psychose und die spezielle »Stammheim«-Behandlung der Terroristen haben sicherlich keinen positiven Effekt auf die westdeutsche Gesellschaft in dieser Periode erzielt. [...] Veröffentlichung der Pläne unserer Stadtguerilleros die dem Dienst bekannt geworden waren, wie Mordanschläge und Entführungen von Mitgliedern des königlichen Hauses, würden auch hier Effekt erzielt haben, obwohl wahrscheinlich weniger ausgeprägt als bei den östlichen Nachbarn. Geheimhaltung hat jedoch zweifelsohne zu einer ausgewogeneren und nicht von der Tagespolitik beeinflussten Bearbeitung des Phänomens beigetragen.«⁶⁹

Dieser »Dutch approach« gegenüber den terroristischen Bedrohungen der 1970er und 1980er Jahre war allerdings eine »invented tradition«, die aus

67. CEES LABEUR U.A., »Interview met minister-president Joop den Uyl«, zitiert in: MARTENS, »Geen kans voor Baader Meinhof«, S. 51–53.
68. JACCO PEKELDER, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland, 1970–1980*, Amsterdam 2007, S. 81–101, 317–319; vgl. MARTENS, »Geen kans voor Baader Meinhof«.
69. FRITS HOEKSTRA, *In dienst van de BVD. Spionage en contraspionage in Nederland*, Amsterdam 2004, S. 73.

den besonderen Strukturen und einer spezifischen Konstellation von Exekutive, Justiz, Politik und Gesellschaft resultierte, wie sie oben dargelegt wurden. Die Terrorismusbekämpfung folgte nicht einer intendierten und exakt geplanten Sicherheitspolitik und legitimierte sich nicht nur aus den eigenen demokratischen Traditionen, sondern die niederländische Obrigkeit musste gerade diese »invented tradition« gegenüber dem östlichen Nachbarn Bundesrepublik und dessen Modell der inneren Sicherheit abgrenzen.

Beatrice de Graaf

John Zimmermann

Vom »Irrsinnigen« zum »Märtyrer« und »Helden«. Der Attentäter Friedrich Adler 1916–1918 219

Angela Rustemeyer

Terrorism and the Categories of Crime in Late Imperial and Early Soviet Russia: Official and Public Modes of Distinction 241

Ilse Reiter-Zatloukal

Politische Radikalisierung, NS-Terrorismus und »innere Sicherheit« in Österreich 1933–1938. Strafrecht, Polizei und Justiz als Instrumente des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes 271

Gerhard Sälter

Interne Schauprozesse. Über exemplarisches Strafen und seine politische Instrumentalisierung in der Strafrechtspflege der DDR in den fünfziger Jahren 321

Ulrich Huemer

Die Strategien der DDR-Opposition angesichts der Bedrohung durch das politische Strafrecht in der Ära Honecker 353

Tobias Wunschik

Gleiche Gegner, verwandte Methoden, unterschiedliche Strategien. Die Bekämpfung des Linksterrorismus in den beiden deutschen Staaten 1970–1989 365

Beatrice de Graaf

Terrorismusbekämpfung und Sicherheitspolitik in den Niederlanden zwischen 1970 und 1990 403

Umschlagabbildung:

Explosion d'une machine infernale, Guckkastenkupfer, Basset,

Paris um 1800

(Exemplar des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte,
Frankfurt/M.)

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© Vittorio Klostermann GmbH
Frankfurt am Main 2012

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile in einem photomechanischen oder sonstigen Reproduktionsverfahren oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten, zu vervielfältigen und zu verbreiten.

Druck: Bookfactory – der Verlagspartner GmbH, Bad Mündler
Typographie: Elmar Lixenfeld, Frankfurt am Main

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier



Printed in Germany
ISSN 1610-6040
ISBN 978-3-465-04150-4